

Antrag 11/II/2019**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Verbesserungen für die betriebliche Ausbildung durch BBiG-Novelle erreichen**

1 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
2 werden aufgefordert, sich für die Umset-
3 zung der Forderungen des DGB und sei-
4 ner Einzelgewerkschaften für eine deutli-
5 che Verbesserung der betrieblichen Aus-
6 bildung durch die Novellierung des Be-
7 rufsbildungsgesetzes (BBiG) einzusetzen.
8 Der vom Bundesbildungsministerium vor-
9 gelegte Entwurf zur Novellierung des BBiG
10 ist unzureichend und gibt keine Antworten
11 auf die sich geränderten Anforderungen
12 bei der betrieblichen Ausbildung. Die SPD
13 muss sich dafür sorgen, dass bei der BBiG-
14 Novelle die Forderungen der Gewerkschaf-
15 ten vollständig umgesetzt werden. Insbe-
16 sondere die Umsetzung einer Mindestaus-
17 bildungsvergütung von 80 v.H. der durch-
18 schnittlichen tariflichen Ausbildungsvergü-
19 tung für das jeweilige Ausbildungsjahr, der-
20 zeit mindestens 660 Euro, muss sich wie-
21 derfinden, da der bisher vorgesehene Be-
22 trag von 515 Euro völlig unzureichend ist.

23

24 Es geht um die Stärkung der Qualität und
25 Attraktivität sowie die Zukunftsfähigkeit
26 der Berufsausbildung und von dualen Stu-
27 diengängen.

28

29 Nachdem sich das duale Studium in den
30 letzten Jahren bewährt hat, muss die Aus-
31 weitung des Geltungsbereiches des BBiG
32 auf die Praxisphasen des dualen Studiums
33 endlich umgesetzt werden.

34

35 Auch bei der betrieblich-schulischen Aus-

36 bildung, z.B. im Gesundheitswesen, fehlt ei-
37 ne gesetzliche Regelung zur Ausbildungs-
38 qualität. Daher müssen auch diese Ausbil-
39 dungen in den Geltungsbereich des BBiG
40 aufgenommen werden.

41

42 **Begründung**

43 Der Großteil der Forderungen des DGB und
44 seiner Einzelgewerkschaften bezieht sich
45 auf bereits bestehende tarifliche Regelun-
46 gen. Ein Beispiel dafür ist die Verpflichtung
47 von Ausbildungsbetrieben, spätestens drei
48 Monate vor dem Ende des Ausbildungs-
49 verhältnissen die Entscheidung über die
50 Übernahme gegenüber den Auszubilden-
51 den mitzuteilen. Dadurch werden insbe-
52 sondere die Rechte der Auszubildenden in
53 den Branchen gestärkt, in denen der ge-
54 werkschaftlichen Organisationsgrad nied-
55 rig ist oder kein Tarifvertrag besteht,

56

57 Die im aktuellen Gesetzentwurf festge-
58 legte Höhe der Mindestausbildungsvergü-
59 tung von 515 Euro im ersten Ausbildungs-
60 jahr verdeutlicht, dass es der zuständigen
61 Bildungsministerin nicht wirklich um eine
62 Aufwertung der betrieblichen Ausbildung
63 geht. Sie setzt damit die Vereinbarung
64 im Koalitionsvertrag nur unzureichend um.
65 SPD und Gewerkschaften müssen gemein-
66 sam für guten Arbeit und eine gute Ausbil-
67 dung sorgen. Die Sicherstellung einer qua-
68 litativ hochwertigen Ausbildung und einer
69 fairen Ausbildungsvergütung ist ein effek-
70 tives Mittel, um die Abwanderung von jun-
71 gen Menschen aus den ländlichen Regio-
72 nen zu verhindern.

73

74 Derzeit hat das duale Studium keine ge-
75 setzliche Grundlage. Dadurch wird die Be-

76 zeichnung „duales Studium“ für eine Viel-
77 zahl an Ausbildungsformen verwendet. Die
78 Ausbildungsqualität und die Vergütungs-
79 höhe unterscheiden sich teilweise stark.
80 Die unterschiedlichen Formen der Ausbil-
81 dung sollen weiterhin bestehen können.
82 Mit der Aufnahme des dualen Studiums in
83 den Geltungsbereich des BBiG wird jedoch
84 sichergestellt, dass die gleichen Qualitäts-
85 standards und Regelungen wie in der Aus-
86 bildung gelten.

87

88 Eine weitere gewerkschaftliche Forderung
89 nach der Aufnahme von betrieblich-
90 schulischer Ausbildung, z.B. im Ge-
91 sundheitswesen, muss die SPD endlich
92 umsetzen, um auch hier für eine bessere
93 rechtliche Absicherung der Auszubilden-
94 den zu sorgen.

95